



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

13. Sitzung (öffentlich)

26. April 2006

Lünen - Rethmann AG & Co. KG, Lippewerk

10:00 Uhr bis 12:40 Uhr

13:15 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

I Vorstellung von REMONDIS

1

Johannes Josef Vornholt (REMONDIS GmbH & Co. KG) trägt anhand von Anlage 1 vor.

II Ausschusssitzung

1

1 Umsetzung der EU-Umgebungsärmrichtlinie

1

Vorlage 14/355

Die Landesregierung beantwortet mit Vorlage 14/435 die Fragen, die in der Sitzung am 22. März 2006 gestellt worden sind (siehe auch APr 14/151).

Der Stellungnahme von StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) schließt sich eine längere Diskussion an.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/184
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		26.04.2006
13. Sitzung (öffentlich)		mr-hoe

Seite

2 **EU-Agrarpolitik durch Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung entbürokratisieren** 14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/877

In Verbindung damit:

Stärkung des Agrarstandortes Deutschland durch Innovationsförderung und Bürokratieabbau

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/916

Der Antrag Drucksache 14/877 wird mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen angenommen.

Der Entschließungsantrag Drucksache 14/916 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

3 **Verbraucherschutz auf hohem Niveau im Land erhalten und ausbauen! Keine Mittelkürzungen für die Verbraucherzentrale NRW** 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/881

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

4 **Verbraucher- und Verbraucherinnenrechte stärken - ein starkes Verbraucherinformationsgesetz verabschieden!** 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1434

TOP 4 wird vertagt, um die Einbringung des Verbraucherinformationsgesetzes auf Bundesebene abzuwarten.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/184
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		26.04.2006
13. Sitzung (öffentlich)		mr-hoe

Seite

- 5 Nordrhein-Westfalen „Für ein klares und starkes Umweltrecht in Deutschland - effektiv, europatauglich, wirtschaftsfreundlich und nachhaltig“** 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1431

TOP 5 wird vertagt, um eine Anhörung zur Umweltgesetzgebung auf Bundesebene einzubeziehen.

- 6 Energiegipfel der Bundesregierung unterstützen, nachhaltige Energieversorgung Deutschlands und Nordrhein-Westfalens sichern** 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1551

Die Punkte I und II des Antrags werden mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Die vier Ziffern von Punkt III werden mit folgendem Ergebnis einzeln abgestimmt:

Ziffer 1 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen abgelehnt.

Ziffer 2 wird mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Ziffer 3 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Ziffer 4 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen abgelehnt.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/184
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		26.04.2006
13. Sitzung (öffentlich)		mr-hoe

Seite

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 7 | Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen | 24 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1519 | |

Dem Gesetzentwurf wird einstimmig zugestimmt.

III	<i>Vorstellung von SARIA und ecoMotion</i>	25
------------	---	-----------

Franz-Bernhard Thier (SARIA Bio-Industries GmbH & Co.) und Claus M. Andreas (SARIA Bio-Industries GmbH & Co) stellen ihre Unternehmen vor (siehe Anlage 2).

Reinhard Willmer (ecoMotion GmbH) berichtet über die Biodieselproduktion (siehe Anlage 3).

Nächste Sitzung: 24. Mai 2006

Landtag Nordrhein-Westfalen - 24 -
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
13. Sitzung (öffentlich)

APr 14/184
26.04.2006
mr-hoe

Svenja Schulze (SPD) schließt sich dem Wunsch der Grünen an, die vier Ziffern von Punkt III des Antrags getrennt abzustimmen.

Abstimmungsergebnis siehe **Beschlussprotokoll**.

7 Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1519

Vorsitzende Marie-Luise Fasse verweist auf den Gesetzentwurf der Landesregierung, der am 6. April 2006 vom Plenum an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden sei.

Clemens Pick (CDU) erläutert, die Novellierung des Landesjagdgesetzes sei wegen eines Urteils des Verwaltungsgerichts Aachen erforderlich: Innerhalb des Gesetzes sei nicht klar bestimmt, was mit der Jagdabgabe zu geschehen habe. Ohne Änderung des Gesetzes in diesem Punkt könne die Jagdabgabe nicht weiter erhoben werden.

Auf die Frage von **Annette Watermann-Krass (SPD)**, ob in anderen Zusammenhängen Abgaben erhoben würden, um Behörden zu finanzieren, antwortet **StS Dr. Alexander Schink**, die Jagdabgabe werde unter anderem verwendet, um die Jagdbehörde zu finanzieren. Sonderabgaben wie etwa die Jagdabgabe müssten nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gruppennützig verwendet werden, also für die Zwecke derer, die diese Abgabe zahlten. Bei der Jagdabgabe gebe es verschiedene Verwendungszwecke. Um diese Zwecke zu erfüllen, werde ein Teil dieser Sonderabgabe verwendet, um die Verwaltung zu bezahlen. Das sei typisch für eine Sonderabgabe und nichts Außergewöhnliches. Auch die Abwasserabgabe diene zum Teil dazu, die Verwaltung zu finanzieren.

Johannes Rimmel (GRÜNE) erklärt gut gelaunt, er wisse, dass die FDP eigentlich gegen die Jagdabgabe sei. Um die Regierung nicht in Schwierigkeiten zu bringen, werde er dem Gesetz zustimmen, damit die FDP bei ihrer Grundsatzposition bleiben könne.

Clemens Pick (CDU) stellt richtig, dass Jagdsteuer und Jagdabgabe unterschiedliche Themen seien. Die FDP wende sich gegen die Jagdsteuer.

Abstimmungsergebnis siehe **Beschlussprotokoll**.

